

Antragsbuch für den a.o. Parteitag der AfD Bayern am 21.7.2019

Inhaltsverzeichnis

Vorläufige Tagesordnung	3
Weitere Hinweise zum Parteitag:.....	4
1. Anträge zur Tagesordnung:	5
a. TO-Antrag Stellungnahme Landesvorstand.....	5
b. TO-Antrag Einberufung eines LPT mit Neuwahl.....	9
c. Verabschiedung der Erklärung zur Weitergabe von Daten.....	10
d. Transparenz zu Abhängigkeitsverhältnissen	11
e. Aufruf an bayr. Kommunen zur Aussetzung der Umwandlung von Parkplätzen in Ladestationen.....	12
f. Neuwahl des Landesvorstandes der AfD Bayern	13
g. Neuwahl des Landesvorstandes der AfD Bayern	14
2. Anträge zur Satzung	15
a. Ergänzung § 5 Abs. 8 und Abs. 9 Landessatzung.....	15
b. Einschränkung der Ämterhäufung	16
3. Sachanträge	17
a. Antrag zur Terminierung von Aufstellungsversammlungen	17
b. Resolution freiheitlicher Grundwerte	18

Vorläufige Tagesordnung

1. Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung
2. Wahl des Versammlungsleiters und der stellvertretenden Versammlungsleiter
3. Wahl der Protokollführer
4. Bei Bedarf Wahl eines Wahlleiters, stellvertretenden Wahlleiters und der Zählkommission
5. Feststellung der Zahl der anwesenden Mitglieder
6. Beschluss der Tagesordnung
7. Bericht über die Sonderprüfung der Jahrgänge 2015 – 30-06.2018
8. Beratung und Aussprache über die Personalentscheidung „Laurens Nothdurft“ incl. Stellungnahme des Fraktionsvorstands
9. Beratung und Aussprache über die mediale Berichterstattung im Zusammenhang mit den Personalien Swoboda, Bergmüller und Plenk
10. Beratung und Beschlussfassung der Resolution freiheitlicher Grundwerte
11. Beratung über die Beantragung von Ordnungsmaßnahmen gemäß §7 Bundessatzung
12. Ggf. Behandlung von Abwahanträgen und Nachwahl von Vorstandsmitgliedern
13. Sonstiges
14. Singen des Bayernlieds und der Nationalhymne
15. Schluss des Parteitags

Weitere Hinweise zum Parteitag:

1. Die Einladung zum Parteitag erfolgt auf Antrag von 15 Kreisverbänden zur Einberufung eines Parteitags. Bis auf Tagesordnungspunkt 10, den der Landesvorstand einstimmig mit auf die Tagesordnung setzen ließ, wurden sämtliche anderen Inhalte seitens der Antragsteller begehrt.
2. Für Tagesordnungspunkt 12 weist der Landesvorstand darauf hin, dass aktuell kein Abwahantrag vorliegt. Wir weisen an der Stelle auf §5 Absatz 13 der Satzung hin: „Der Landesparteitag kann den Landesvorstand oder einzelne seiner Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit abwählen. Ein Antrag auf Abwahl kann nur gestellt werden, wenn er mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen und von mindestens drei Prozent der Mitglieder namentlich unterzeichnet ist.“

Das bedeutet, eine Abwahl ist nur dann möglich, wenn bis zum Morgen des 07.07.2019 ein Abwahantrag mit namentlicher Unterzeichnung beim Landesvorstand eingegangen ist. Namentliche Unterzeichnung bedeutet, dass das Mitglied schriftlich mit seinem Namen auf dem Abwahantrag unterzeichnet.

3. Zudem weist der Landesvorstand darauf hin, dass im Rahmen der Mitgliederbefragung an drei Stellen darauf hingewiesen wurde, dass ein Parteitag mit Neuwahl aufgrund der Dauer von Wahlen und Rechenschaftsberichten nicht eintägig möglich ist. Da sich eine Mehrheit für einen eintägigen Parteitag ausgesprochen hat, ist eine Neuwahl des Landesvorstands vor den Sommerferien nicht möglich.
4. Es wurde von den Antragstellern ein Parteitag unter Ausschluss der Öffentlichkeit beantragt. Dies steht jedoch im Gegensatz zu §10 unserer Geschäftsordnung für Parteitage. Daher muss der Parteitag grundsätzlich als öffentlicher Parteitag eingeladen werden. Es kann jedoch jederzeit auf dem Parteitag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden, die Öffentlichkeit auszuschließen, wie wir dies in der Vergangenheit bereits auf Parteitagen erlebt haben und wie dies gemäß Geschäftsordnung insbesondere für Personaldebatten auch vorgesehen ist.

1. Anträge zur Tagesordnung:

a. TO-Antrag Stellungnahme Landesvorstand

Antragssteller: Werner Meier, Friedrich Hödl, Claudia Marino, Michael Müller, Markus Walbrunn, Oliver Multusch, Timo Schmidt, Gerd Kögler, Tobias Peterka, Robert Bock, Karl-Hermann Behrens, Eva-Maria Bock, Wolfgang Koch, Edeltraud Schwarz

Die Antragsteller sehen in der Arbeit des Landesvorstandes und dem Zustand des Landesverbandes erhebliche Kritikpunkte. Deshalb wird beantragt, den folgenden Antrag unter TOP "Verpflichtende Stellungnahme des Landesvorstandes" zur Beratung und Abstimmung aufzunehmen:

Zu den im Folgenden beschriebenen Missständen hat das geschäftsbereichsverantwortliche Mitglied des Landesvorstands und der gesamtverantwortliche Landesvorsitzende schriftlich Stellung zu nehmen. Dieser Antragstext und die schriftliche Stellungnahme sind den Mitgliedern mit der Einladung zum nächsten Parteitag online zur Verfügung zu stellen.

Dieser fünfte Landesvorstand seit Gründung der AfD Bayern ist der erste Landesvorstand, dessen Budget sich durch zusätzliche Mittel der Parteienfinanzierung und Mandatsträgerabgaben vervielfacht hat.

Die enormen zusätzlichen Finanzmittel stehen jedoch im krassen Gegensatz zur Leistungsbilanz dieses Landesvorstandes. Der Landesverband Bayern, seit jeher Vorzeigegliederung der Alternative für Deutschland wurde durch Organisationsversagen und Inkompetenz, öffentliche Streitigkeiten und Peinlichkeiten zum Problemfall und AfD Schmuddel-Verband herabgewirtschaftet.

Die Wahlergebnisse, Umfragewerte und das Ansehen der AfD Bayern haben sich mit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch diesen Vorstand stetig nach unten entwickelt.

Nur eine unverzügliche Neuwahl des Landesvorstandes kann hier Abhilfe schaffen und wurde deshalb in einem separaten Antrag zur Abstimmung gestellt. Wegen der eklatanten Verfehlungen und Unzulänglichkeiten sehen wir jedoch zusätzlich den Landesvorstand in der Pflicht zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Desaströser Wahlkampf

Der Wahlkampf zur Landtagswahl 2018 war der teuerste Wahlkampf in der Geschichte der bayerischen AfD und hat einen Schuldenberg von ca. 1.000.000 EUR hinterlassen. Alleine ca. 40.000 EUR wurden für die Entlohnung eines „Wahlkampfkoordinators“ Josef Konrad ausgegeben. Welche Leistung für dieses Entgelt erbracht wurde ist nicht erkennbar, das Wahlergebnis mit 10,2 Prozent ungenügend. Zum Vergleich: Das Budget des ehrenamtlich arbeitenden Kampateams zur Bundestagswahl 2017 betrug insgesamt 270.000 EUR, das Wahlergebnis lag mit 12,4 Prozent im bundesweiten Durchschnitt, trotz bayerischer Parteienkonstellation.

Auch bei der Europawahl lag der vormalige Vorzeigeverband abgeschlagen mit 8,5 Prozent weit unter dem Bundesdurchschnitt von 11,0 Prozent.

Der Stellungnahme zu diesem Punkt ist eine detaillierte Übersicht der Wahlkampfausgaben des Landesvorstandes und der Mittelverteilungen an die Gliederungen zur Landtagswahl 2018 beizufügen.

Fehlende Jahresrechnung

Die zweijährige Amtszeit des Landesvorstandes ist fast vorüber und dieser hat dem Parteitag noch immer keinen Tätigkeitsbericht vorgelegt. Insbesondere der Mangel des finanziellen Teils (Jahresrechnung) stellt einen groben Verstoß gegen die Satzung dar.

Wir bitten um Stellungnahme zur Verweigerung dieser Rechenschaftspflicht.

Social Media

Direkt nach Übernahme der Amtsgeschäfte des Geschäftsbereichs "Social Media" durch Martin Sichert und Katrin Ebner-Steiner trennte sich der Landesvorstand vom ehrenamtlichen Social Media Team und engagierte bezahlte Kräfte. Die Abonnentenzahl und Reichweite der AfD Bayern Facebookseite sind bei deutlich gestiegenen Kosten rapide eingebrochen.

Zerstrittenheit und die parteischädigende Austragung in der Öffentlichkeit

Das parteiöffentliche Austragen von Streitigkeiten im Landesvorstand in peinlicher Intimität auf Facebook und in telegram Diskussionsgruppen untergräbt nicht nur Autorität und Seriosität eines Landesvorstands, sondern trägt auch in erheblichen Maßen zur Demotivation von Funktionsträgern und ehrenamtlich aktiven Parteimitgliedern bei.

Der Schaden für die Partei wird natürlich ungleich höher, wenn Landesvorstandsmitglieder diese Streitigkeiten gar über die Medien austragen, parteipolitisch kommentieren oder interne Informationen an die Presse weitergeben.

Parteischädigende öffentliche Auftritte

Einige Landesvorstandsmitglieder fielen wiederholt durch parteischädigend öffentliche Auftritte, Aussagen und Verhalten auf. Insbesondere zu folgenden Vorgängen bitten wir um Stellungnahme:

Auftritt mit der ersten Strophe des Deutschlandliedes

Beim „Flügeltreffen“ in Greding im Mai 2019 waren Landesvorstandsmitglieder medienwirksam auf der Bühne versammelt als die erste Strophe des Deutschlandliedes abgespielt wurde. Von einem Mitglied des Landesvorstands muss man erwarten können, dass er die parteischädigende Wirkung der als nationalsozialistisch fehl interpretierbaren ersten Strophe kennt und auch weiß, wie bei einer vermeintlich versehentlichen Einspielung zum Wohle der Partei zu reagieren ist.

Beschäftigung von Mitarbeitern mit rechtsextremem Hintergrund

Die stellvertretende Landesvorsitzende Katrin Ebner-Steiner steht als Fraktionsvorsitzende mit dem Fraktionsvorstand in der Verantwortung für die parteischädigende Beschäftigung des NPD-Mitglieds und ehemaligen Vorstands der rechtsextremen HDJ Laurens Nothdurft. In Ignoranz der AfD Unvereinbarkeitsliste und im Wissen um die verheerende öffentliche Wirkung wurde vorsätzlich oder zumindest grob fahrlässig der Partei mit diesem Vorgang ein schwerer Schaden zugefügt.

Öffentliche Äußerung zur Unvereinbarkeitsliste

Auch die publikumswirksame Forderung des Landesvorstandsmitglieds Benjamin Nolte, der sich unter erkennbarem Bezug auf NPD-Mitgliedschaft die Unvereinbarkeitsliste der AfD „auf den Müllhaufen der Parteigeschichte“ wünschte, hat der Partei enormen Schaden hinzugefügt. Benjamin Nolte musste wissen, dass er mit dieser Aussage als Landesvorstandsmitglied den Medienspekulationen um eine rechtsextreme Ausrichtung der Partei Vorschub leistet. Die Äußerung kann auch nicht als Anstoß einer

parteiinternen Diskussion entschuldigt werden, da er diese auf der Bühne einer öffentlich beworbenen Veranstaltung des Flügels im Europawahlkampf getroffen hat.

Fortgesetzte Missachtung der Satzung

Mit der Neuwahl des Landesvorstandes im November 2017 hat sich die sprichwörtliche „Herrschaft des Unrechts“ im Landesverband Bayern etabliert. Falschaussagen, ungeniertes Ignorieren und Brechen von Satzungsrecht in einem Ausmaß, dass sich viele Mitglieder und Funktionsträger nach anfänglichen – nicht beachteten – Beschwerden in die Passivität und Resignation zurückgezogen haben.

Zurückhalten von Finanzmitteln der Kreisverbände

Der Landesparteitag hat am 09.06.2018 nach längerer Beratung die Verteilung der Finanzmittel in der FBO geändert und definiert. Entgegen der ausdrücklich festgeschriebenen Verteilungsregelung der 1,3 Mio. Euro des Konvents hat der Landesvorstand den Kreisverbänden diese - nach FBO festgeschriebenen direkten Geldanweisungen - vorenthalten.

Nach der Regelung des § 3 Abs. 3 FBO stehen dem Landesvorstand 30 Prozent der Einnahmen zu. Die den Kreisverbänden zustehenden 60 Prozent hat der Landesvorstand nicht ausbezahlt. Allein aus den Mitteln des Konvents hätten den Kreisverbänden hier 325.000 € zugestanden.

Umgang mit dem Antrag nach § 5 Abs. 8 (Landesparteitag)

Nach der Beantragung eines außerordentlichen Landesparteitages entsprechend § 5 Abs. 8 der bayerischen Landessatzung ließ der Landesvorstand zunächst einmal 4 Wochen verstreichen, statt - wie es die Satzung verlangt - unverzüglich zum außerordentlichen Parteitag zu laden. Dann ließ er weitere Zeit verstreichen, indem er eine manipulative Umfrage unter den Mitgliedern startete in der die Mitglieder nicht vollständig über den Inhalt des eigentlichen Antrags unterrichtet wurden und die zur Auswahl gestellten Optionen nicht den satzungsmäßigen Erfordernissen bei der Behandlung eines derartigen Antrages gerecht wurden.

Schließlich lud der Landesvorstand satzungswidrig zu einem Termin ein, zu dem eine Behandlung der gesamten, beantragten Tagesordnung, insbesondere auch die geforderte Neuwahl unter keinen Umständen durchgeführt werden kann und änderte, um eine Neuwahl vor der Sommerpause zu verhindern, satzungswidrig die Tagesordnung durch die vollständige Streichung des Punktes „Neuwahl“.

Ein derartiger Umgang mit den in der Satzung verankerten Mitgliederrechten einzig, um eine Neuwahl zu verhindern ist schändlich und nicht hinnehmbar.

Missachtung von Beschlüssen und Aufforderungen des Landesschiedsgerichts

Das Agieren des Landesvorstandes im Prozess des Landtagswahlprogramms war nicht nur ein Ausbund an Organisationsversagen und Inkompetenz.

Im Laufe des letztendlich gescheiterten Programmprozesses wandten sich die vom Landesvorstand ignorierten und in ihrer Tätigkeit behinderten Mitglieder der Landesprogrammkommission schließlich an das Landesschiedsgericht. Doch der Landesvorstand ignorierte selbst die Beschlüsse und Aufforderungen des Landesschiedsgerichts. So wurde die einstweilige Anordnung vom 24.07.2018 wegen der Einberufung der Landesprogrammkommission nicht nachgekommen.

Das damals zuständige Landesvorstandsmitglied Markus Bayerbach und der mehrmals angeschriebene Landesvorsitzende Martinichert ließen sich nicht einmal zu einer Antwort oder Stellungnahme herab.

Organisationsversagen und rechtsunsichere Arbeitsweise

Streichung der Etikette der AfD Bayern

Als eine der ersten Amtshandlungen setzte der Landesvorstand die Etikette der AfD Bayern außer Kraft. Die Etikette „Für eine konstruktive Streitkultur“ regelte die Umgangsformen und Zuständigkeitsbereiche und sollte mit ihren sechs Grundsätzen Streit und Diffamierungen vermeiden helfen und vor allem diese aus der Medienöffentlichkeit fernhalten. Ferner bot die Etikette Regelungen zur Mediation und Konsensfindung.

Die Etikette hatte in einer Mitgliederbefragung eine überragende Zustimmung von 85 Prozent erhalten. Über dieses Mitgliedervotum setzte sich der Landesvorstand lapidar hinweg und setzte die Etikette geradewegs außer Kraft.

Mit all den über die Medien verbreiteten Streitigkeiten und Peinlichkeiten der letzten zwei Jahre erscheint dieses willfährige Verhalten im Nachhinein geradezu als groteskes Bekenntnis zu Disziplin- und Regellosigkeit.

Handeln ohne Geschäftsordnung

Gemäß unbestrittenen Aussagen von Landesvorstandsmitgliedern in einer Chatgruppe für Parteifunktionäre arbeitet der bayerische Landesvorstand seit seiner Konstitution ohne eine Geschäftsordnung, da die bestehende Geschäftsordnung in einer der ersten Landesvorstandssitzungen durch den Justiziar für ungültig erklärt und seitdem niemals eine andere Geschäftsordnung verabschiedet wurde.

Dass ein Landesvorstand ohne Vorhandensein einer Geschäftsordnung über die Geschicke des Landesverbandes Bayern beschließt, offenbart ein gänzlich verlottertes Verständnis von Verantwortungsgefühl und seriöser Arbeit. Derartig freihändiges Agieren ist einer Rechtsstaatspartei unwürdig und muss schnellstmöglich beendet werden.

Mangelhafter Geschäftsverteilungsplan und Intransparenz

Untätigkeit und Organisationsversagen zeichnen diesen Landesvorstand aus. Den Mitgliedern, aber auch den Vorständen der Untergliederungen blieb es großteils rätselhaft wer im Landesvorstand welche Verantwortlichkeiten innehatte. Symptomatisch steht hierfür der aktuell auf der Webseite veröffentlichte Geschäftsverteilungsplan, der immer noch den zurückgetretenen Landesschatzmeister und andere Mängel enthält.

Wir bitten um die Vorlage aller Beschlüsse zum Geschäftsverteilungsplan. Ferner bitten wir um die Vorlage von Geschäftsberichten jedes Landesvorstandsmitglieds.

b. TO-Antrag Einberufung eines LPT mit Neuwahl

Antragssteller: Werner Meier, Friedrich Hödl, Johannes Huber, Oliver Multusch, Martin Hebner, Jaqueline Kretschmer, Robert Bock, Wolfgang Wiehle, Wolfgang Koch, Markus Walbrunn, Claudia Marino, Michael Müller, Florian Jäger, Elisabeth Hörr, Timo Schmidt, Gerd Kögler, Tobias Peterka, Heike Behrens, Eva- Maria Bock, Edeltraud Schwarz.

Der Landesparteitag möge die Einberufung eines Parteitags nach § 5 Abs. 8 Buchstabe e) Landessatzung beschließen, der im Zeitraum zwischen 14. und 29. September stattfinden soll.

Begründung:

Eine unverzügliche Neuwahl ist wegen der dringlichen Vorbereitung der im März 2020 anstehenden Kommunalwahlen geboten.

Ferner zeichnet sich dieser fünfte Landesvorstand vor allem durch Organisationsversagen und öffentliche Streitigkeiten aus. Die ohnehin dieses Jahr nach Satzung vorgesehene Neuwahl sollte deshalb baldmöglichst durchgeführt werden.

Ursprünglich wurde von den Antragstellern des aolPTs unter anderem eine unverzügliche Neuwahl des Landesvorstands beantragt. Durch das Agieren dieses Vorstandes wurde diese verunmöglicht. Auch deshalb ist eine Neuwahl direkt nach den Sommerferien dringend notwendig.

Hinweise:

Termin für den Landesparteitag soll der 14./15. September 2019 sein.

Die nach § 8 geforderte Tagesordnung soll mindestens folgende Punkte umfassen:

1. Begrüßung, Feststellung Beschlussfähigkeit
2. Wahl der Versammlungsleitung und des Protokollführers
3. Wahl von Wahlleiter und Zählkommission
4. Beratung und Beschluss der Tagesordnung
5. Tätigkeitsbericht des Vorstands, der Rechnungsprüfer und Entlastungsbeschluss nach § 5 Abs. 5 Landessatzung
6. Wahl des Vorstands und der Rechnungsprüfer

c. Verabschiedung der Erklärung zur Weitergabe von Daten

Antragssteller: Georg Hock, Dominik Pflaum, Stefan Forster, Alois Grohans, Kai Kircher, Detlef Rauh, Rene Jentsch, Daniela Mahler, Michael Höpflinger, Martina Linke, Walter Uta, u.a)

Als höchstes Gremium der AfD Bayern erklärt der Landesparteitag:

1. Die unbefugte Weitergabe partei- oder fraktionsinterner Finanz- und Personalangelegenheiten an die Medien wird auf das Schärfste verurteilt.
2. Mitglieder, die die Vertraulichkeit in der vorbezeichneten Form verletzen, handeln nach Auffassung des Landesparteitages schwer parteischädigend.

Begründung:

Die Wahrung der Vertraulichkeit partei- und fraktionsinterner Vorgänge ist elementarer Bestandteil einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, eines geschlossenen Auftretens und der Vermeidung eines Ansehensverlustes in der Öffentlichkeit.

Insbesondere die unbefugte Weitergabe datenschutzrechtlich relevanter Informationen wie Finanz- oder Personalangelegenheiten ist daher zu missbilligen.

Die unberechtigte Weitergabe streng vertraulicher Finanz- und Personalangelegenheiten an die Presse kann nach den Maßstäben einer Rechtsstaatspartei sittlich nicht anders beurteilt werden als bspw. die strafbare Verletzung des Dienstgeheimnisses im staatlichen Bereich.

d. Transparenz zu Abhängigkeitsverhältnissen

Antragssteller: Wolfgang Dörner, Liselotte Cesnak, Csiba Judith, Eva Ditrichsons, Katrin Ebner-Steiner, Daniela Förster, Thomas Fügner, Peter Gebhardt, Gerd Heitzer, Silvia Kaminski, Andrea Klingen, Christian Klingen, Dorothe Merlot, Benjamin Nolte, Christian Peterson, Michaela Rast, Hannelore Riedl, Heinrich Riedl, Paul Traxl

Der Landesparteitag möge beschließen, dass jeder Diskussionsteilnehmer, sofern er kein Abgeordneter ist, vor seinem Redebeitrag erklärt, ob er bereits bei einem Abgeordneten oder einer Fraktion/ Gruppierung entgeltlich beschäftigt ist. Dies gilt auch für sog. pauschal versteuerte Arbeitsverträge auf 450 Euro Basis.

Als Anlass für meinen Antrag ist zu nennen, dass es den Vorstandsmitgliedern in allen Gliederungsebenen gemäß unserer Bundessatzung (§19 i.V.m. § 21) nicht gestattet ist, bei einem Abgeordneten oder einer Fraktion entgeltlich beschäftigt zu sein. Dennoch sind eine Vielzahl von Kreis-Vorstandsmitgliedern, Kreis-Sprechern und ggf. Mitglieder auf Bezirksebene, trotz eines Abhängigkeitsverhältnisses in einem Vorstand, beschäftigt. Außerdem ist es wichtig während einer Diskussion zu wissen, ob ein Partizipant in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einem Mandatsträger oder einer Fraktion steht.

Die Begründung meines Antrags stützt sich auf die Intention der Gründungsmitglieder der AfD gegen innerparteilichen Lobbyismus, wie in den Altparteien teilweise vorkommend, anzukämpfen. Mit der Zeit ist diese grundlegende Absicht immer mehr in Vergessenheit geraten. Der Innerparteiliche Lobbyismus ist bei uns mittlerweile stark vertreten. Es ist deshalb an der Zeit über diese Problematik politisch zu diskutieren. Eine ausführliche Begründung erfolgt mündlich.

e. Aufruf an bayr. Kommunen zur Aussetzung der Umwandlung von Parkplätzen in Ladestationen

Antragssteller: Vorstand des KV FÜ/NEA

Der Landesverband Bayern der Alternative für Deutschland ruft die bayerischen Kommunen dazu auf, die Umwandlung von Parkplätzen in Ladestationen für E-Autos auszusetzen, weil davon nur die Gut- und Besserverdiener profitieren. Gleichzeitig ruft der Landesverband Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer zu einer gründlichen Überarbeitung der Förderrichtlinien nach sozialen Kriterien auf, die mindestens auch eine Bedarfsprüfung bei der Förderung privater E-Autos einschließt.

Die Begründung des Antrages ist, dass die Kreisverbände für die Kommunalwahl 2020 ein wenig Rückenwind und auch eine inhaltliche Zielrichtung bekommen sollen.

f. Neuwahl des Landesvorstandes der AfD Bayern

Antragssteller: Daniela Mahler, Andrey Horn, Günter Felder, Nico Eugen Marschall, Robert Liestmann, Richard Graupner, Benjamin Nolte, Tobias Teich, Georg Hock, Hagen Hartmann, Paul Traxl, Walter Rudolf, Erhard Brucker

Antrag: Der Landesparteitag möge die Aufnahme eines neuen TO-Punktes 7: Neuwahl des Landesvorstandes der AfD Bayern beschließen.

Begründung:

- 2020 stehen in Bayern Kommunalwahlen an, eine vorzeitige Neuwahl des Bundestages kann nicht ausgeschlossen werden. Für den Erfolg der Partei wäre es das Beste, wenn der Landesvorstand nicht mitten im Kommunalwahlkampf oder während der Listenaufstellungen für die Bundestagswahl gewählt werden würde, sondern wenn ein neugewählter Landesvorstand sich mit der nötigen Vorlaufzeit auf diese Aufgaben vorbereiten könnte.
- Eine Neuwahl des Landesvorstandes war aus den oben genannten Gründen von den Antragstellern des Antrages auf einen außerordentlichen Landesparteitag ohnehin vorgesehen. Der amtierende Landesvorstand hat satzungswidrig nicht unverzüglich geladen, sondern durch eine Verzögerung um vier Wochen versucht, eine Neuwahl vor der Sommerpause zu verhindern. Zudem hat er satzungswidrig bei dem beantragten Tagesordnungspunkt „Behandlung von Abwahanträgen und Nachwahlen oder Neuwahlen“ das Wort „Neuwahlen“ in der versendeten TO weggelassen, ebenfalls um Neuwahlen vor der Sommerpause zu verhindern.
- Der Landesvorstand ist völlig zerstritten, seine Mitglieder überziehen sich gegenseitig medienwirksam mit Ordnungsmaßnahmen. Zudem arbeitet der Landesvorstand seit seiner Konstituierung trotz zahlreicher Hinweise aus der Mitgliedschaft ohne Geschäftsordnung, was eine seriöse Amtsführung unmöglich macht.
- Der amtierende Landesvorstand hat bei zwei Wahlen in Folge weit unterdurchschnittliche Wahlergebnisse zu verantworten. Gerade das Ergebnis der Landtagswahl 2018 war für die bayerische AfD enttäuschend, obwohl eigens 30.000€ für einen Wahlkampfmanager ausgegeben wurden. Für zwei Wahlergebnisse weit unter den Erwartungen ist der Landesverband hoch verschuldet. Eine Fortsetzung der Negativserie bei Kommunal- und evtl. Bundestagswahlen muss verhindert werden.
- Der Landesvorstand hat das bis dahin äußerst erfolgreiche Social-Media-Team der AfD Bayern entlassen, woraufhin die Zugriffszahlen deutlich gesunken sind.
- Im Namen des Landesvorstandes brachte der Vorsitzende 2018 einen Antrag auf Änderung der Finanzordnung ein. Dabei täuschte er die Mitglieder indem er angab, durch diesen Antrag würde sich für die Kreisverbände nichts ändern. Tatsächlich erhalten die Kreisverbände nur ca. ein Drittel des Geldes aus der Parteienfinanzierung LT, das sie ohne diese Änderung erhalten hätten.

Die folgenden Tagesordnungspunkte werden dementsprechend nach hinten verschoben.

g. Neuwahl des Landesvorstandes der AfD Bayern

Antragssteller: Kreisvorstand des Kreisverbandes Kulmbach der AfD Bayern

Antrag: Der Landesparteitag möge die Aufnahme eines TO-Punktes 7: Neuwahl des Landesvorstandes der AfD Bayern beschließen. Die folgenden Tagesordnungspunkte werden entsprechend nach hinten verschoben.

Begründung:

Eine Mehrheit des aktuellen Landesvorstandes hat mehrere seiner Mitglieder mit Ordnungsmaßnahmen überzogen. Diese beruhen zu erheblichen Teilen auf Unterstellungen und Falschbehauptungen. Der Landesvorstand macht sich hierdurch zum Werkzeug noch zu definierenden Interessen. Eine umgehende Neuwahl ist daher dringend erforderlich.

2. Anträge zur Satzung

a. Ergänzung § 5 Abs. 8 und Abs. 9 Landessatzung

Antragssteller: Werner Meier, Friedrich Hödl, Johannes Huber, Oliver Multusch, Martin Hebner, Jaqueline Kretschmer, Robert Bock, Wolfgang Wiehle, Wolfgang Koch, Markus Walbrunn, Claudia Marino, Michael Müller, Florian Jäger, Elisabeth Hörr, Timo Schmidt, Gerd Kögler, Tobias Peterka, Heike Behrens, Eva- Maria Bock, Edeltraud Schwarz.

§ 5 Abs. 8 (neu)

Ein außerordentlicher Landesparteitag muss darüber hinaus unverzüglich einberufen werden, ...

e) wenn ein Landesparteitag es beschließt.

§ 5 Abs. 9

Zwischen außerordentlichen Landesparteitag muss ein Mindestzeitraum von drei Monaten liegen, es sei denn, der Landesparteitag oder der Landesvorstand beschließt einen kürzeren zeitlichen Abstand.

Begründung:

Der § 5 Abs. 8 definiert, wer einen außerordentlichen Landesparteitag beantragen kann. In dieser Aufzählung fehlt das höchste Organ des Landesverbandes: Der Landesparteitag.

Hintergrund:

Am 02.05.2019 hatten 14 Kreisvorstände beim Landesvorstand einen außerordentlichen Landesparteitag nach § 5 Abs. 8 Landessatzung beantragt. Der Landesvorstand hat daraufhin nicht unverzüglich zu einem LPT geladen, insbesondere jedoch hat der Landesvorstand die beantragte Tagesordnung eigenmächtig abgeändert. Der Landesvorstand kann sich auch nicht darauf berufen, eine Mitgliederbefragung über den Parteitag abgehalten zu haben. Die Mitgliederbefragung war manipulativ formuliert, ferner sieht die Satzung diese Vorgehensweise hier nicht vor.

Insgesamt lässt das rechtsbeugende und satzungswidrige Verhalten des Landesvorstands auch hier die Notwendigkeit erkennen, dass dem Landesparteitag als höchstes Organ umfänglich die Möglichkeit der Korrektur und Überwachung des Landesvorstands gegeben werden muss.

b. Einschränkung der Ämterhäufung

Antragssteller: Wolfgang Dörner, Jürgen Beisler, Wilfried Biedermann, Eva Didrichsons, Wolf Dieter Jakobi, Silvia Kaminski, Juanita Klunk, Dorothe Merlot, Hannelore Riedl, Heinrich Riedl, Regina Sidamgrotzki, Sidamgrotzki Wolfgang, Paul Traxl, Lydia Freifrau von Stockmar-von Wangenheim, Ralf Zapf

Antrag

Der Landesparteitag möge einen neuen §9 Abs. 6 und die Ergänzung des §12 Abs. 3 des Landessatzung Bayern wie folgt beschließen:

§ 9 Abs. 6: „Ein Landesvorstandsmitglied kann nicht auf mehreren Gliederungsebenen gleichzeitig Funktionsämter innehaben oder ohne Amtsträger zu sein, Funktionärstätigkeiten auf mehreren Ebenen gleichzeitig ausüben.“

§ 12 Abs. 3 wird geändert in „Im Übrigen gelten entsprechend der Regelungen des § 9 Absatz 3 bis 6, ...“

Begründung

Wir treten für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pluralität auch innerhalb der Partei ein und sehen es als kritisch an, wenn einzelne Personen Ämter häufen und Macht akkumulieren. Die Besetzung von mehreren Funktionsämtern auf verschiedenen Ebenen durch ein und dieselbe Person stellt eine Ämterhäufung dar, die einer basisdemokratischen Verfassung und einer pluralistischen Meinungsbildung widerspricht. Es besteht die Gefahr, dass die Partei wie die Altparteien „von oben“ regiert wird. Dieser Gefahr kann nur durch die beantragte Satzungsänderung wirksam begegnet werden.

3. Sachanträge

a. Antrag zur Terminierung von Aufstellungsversammlungen

Antragssteller: Wolfgang Dörner, Jürgen Beisler, Wilfried Biedermann, Cesnak Liselotte, Eva Didrichsons, Silvia Kaminski, Juanita Klunk, Dorothe Merlot, Hannelore Riedl, Heinrich Riedl, Regina Sidamgrotzki, Wolfgang Sidamgrotzki, Paul Traxl, Lydia Freifrau von Stockmar-von Wangenheim, Ralf Zapf,

Der Landesparteitag möge beschließen, dass Aufstellungsversammlungen zu öffentlichen Wahlen nicht im Zeitraum von Schulferien durchgeführt werden dürfen. Dies schließt auch die Wochenenden zu Beginn der Schulferien mit ein.

Wir sind als AfD einmal angetreten, um als Interessenvertretung auch oder sogar insbesondere für die Gruppe derjenigen Bürger zu wirken, die durch ihre Arbeit, ihre Abgaben, und ihren Beitrag als Familie insbesondere durch Nachwuchs zum Gemeinwohl Deutschland beitragen. Mitglieder, die auch Familienväter und Mütter sind, sind anders als diejenigen, die gerade dies nicht sind, in ihren Urlauben gebunden an reguläre Ferientermine. Durch das Setzen von Aufstellungsterminen in oder angrenzend an Ferien wird vielen dieser Mitglieder die Teilnahme an solchen Veranstaltungen verwehrt. Auch das passive Wahlrecht wird deutlich beeinträchtigt. Für Öffentliche Wahlen ist eine Terminierung in die Urlaubszeit somit ein Unding.

Es gibt hierzu bereits eine BGH-Rechtsprechung. Wenn es zeitlich anders möglich ist - und dies ist z.B. für die Kommunalwahl in Bayern im Frühjahr 2020 der Fall - haben Aufstellungsversammlungen außerhalb der Urlaubszeit stattzufinden.

Man läuft sonst Gefahr, dass alles wirksam angefochten werden kann. Wir wären als AfD dann in der Öffentlichkeit blamiert.

b. Resolution freiheitlicher Grundwerte

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die AfD Bayern beschließt die Resolution freiheitlicher Grundwerte. Kandidaten für Mandate und Vorstandsämter sind im Rahmen ihrer Kandidatur zu befragen, ob sie bereit sind, sich an die in der Resolution enthaltenen Grundwerte zu halten.

Resolution freiheitlicher Grundwerte

Wir haben die AfD gegründet, weil Deutschland eine Alternative zu den Altparteien braucht.

Die Altparteien stehen für: Die AfD steht für: Lobbyismus Direkte Demokratie abgehobene Eliten die Bürger die Aufgabe deutscher Souveränität ein selbstbestimmtes Deutschland Zensur und Überwachung Meinungsfreiheit blinde Gefolgschaft von Parteiführern Basisdemokratie staatliche Kontrolle der Bürger Freiheit und Selbstbestimmung Abhängigkeit der Bürger vom Staat Stärkung der Eigenverantwortung Vetternwirtschaft und Korruption Eintreten für unsere Ideale Rechtsbeugung Rechtsstaatliche Prinzipien

Weil wir anders sind als die Altparteien, haben wir auch ein anderes Selbstverständnis. Wir stehen dafür, dass:

- Funktionsträger ihre Möglichkeiten der Öffentlichkeitswirkung nutzen, um in angemessener Wortwahl unsere Inhalte zu präsentieren.
- Funktionsträger sich gegenüber der Basis genauso loyal verhalten, wie sie es selbst auch von der Basis wünschen.
- Funktionsträger sich als Repräsentanten der Basis und unserer Ideale verstehen und diese selbst als Vorbilder leben.
- Vorstände ausgleichend wirken und auch andere Meinungen in parteiinternen Diskussionen als gleichwertig anerkennen, solange sie nicht persönlich beleidigend und mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar sind.
- Vorstände von Gliederungen sich nicht in anderen Gliederungen der gleichen Ebene einmischen.
- Mandatsträger, die die AfD verlassen, ihr Mandat zurückgeben.
- Mandatsträger ihre Mandatsträgerbeiträge an die Partei leisten.
- Mandatsträger und Kandidaten, die von Spenden oder externer Unterstützung persönlich profitieren, für finanzielle Schäden, die der Partei dadurch entstehen, persönlich aufkommen.
- Personen, die aufgrund der Unvereinbarkeitsliste kein Mitglied der Partei werden könnten, weder als Mitarbeiter von Partei, Abgeordneten oder Fraktionen beschäftigt werden, noch auf Wahllisten der AfD aufgestellt werden.
- unsere Grundwerte intern gelebt werden.
- jeder seine Energie darin investiert, gemeinsam die Gegenwart und Zukunft zu gestalten.
- persönliche Befindlichkeiten nicht medial ausgetragen, sondern dem gemeinsamen Einsatz für unsere Zukunft untergeordnet werden.

Unsere Aufgabe ist größer als jeder Einzelne von uns. Unsere Aufgabe ist die Rettung unserer Heimat, der Erhalt unserer Kultur und unserer Freiheit.

Begründung: erfolgt mündlich